



**Referat**

**Jürgen Peters**

International Metal Workers Federation  
President

## **Für ein neues europäisches Sozialmodell**

Tagung:

**Europäisches Sozialforum in Malmö**

Freitag, **19. September 2008** **(Achtung: Änderung!)**  
von **14:00 – 17:00 Uhr**

**Sprecher:**

Nicola Nicolosi, CGIL – Lavoro Società  
Jürgen Peters, International Metal Workers Federation  
Asbjørn Wahl, Campaign for the Welfare state  
Annick Coupé, Solidaires  
Walter Baier, transform!europe

(Inputreferat 15 min.)

**Veranstalter:**

transform!europe  
Forum Social Europe – European network of trade unionists  
Campaign for the Welfare state  
CGIL – Lavoro Società  
IG Metall

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

## 1. Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Die Wettbewerbsfähigkeit steht auf dem Spiel.

Gewerkschaften treiben die Löhne hoch.

Die Produktivität hinkt hinterher.

Die ersten Investoren ziehen bereits in Richtung Osten weiter.“

Gewiss, über viele Jahren haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland wieder und wieder zu hören bekommen, sie seien zu teuer.

Viele vermeintliche Experten waren sich einig:

In Zeiten der globalen Standortkonkurrenz sei Deutschland auf dem absteigenden Ast.

Ländern wie Polen, Ungarn und Tschechien gehöre die Zukunft.

Tatsächlich häufen sich jetzt die Stimmen, die die vermeintlichen Gewinner schon auf der Straße der Verlierer sehen.

Meine einleitenden Sätze habe ich in einem Artikel in der Financial Times Deutschland lesen können.

Der Journalist führte aus, dass in letzter Zeit die Gewerkschaften zwischen Warschau, Prag und Budapest zu hohe Löhne durchgedrückt hätten.  
Die unvermeidliche Folge: Die Karawane zieht nach Osten weiter.

Dort ist noch alles in Ordnung.

Für einige Investoren sind Rumänien, Bulgarien und die Ukraine jetzt die neuen gelobten Länder.

Die Beschäftigten sind dort noch nicht so teuer und noch nicht so aufmüpfig.

So schnell kann es gehen.

Das Blatt wendet sich - Mal so `rum - mal so `rum!

Gestern noch gelobter Standort und morgen schon als zu teuer abgeschrieben.

Natürlich reicht ein Zeitungsartikel nicht aus, um seriös die wirtschaftliche Lage eines Landes beurteilen zu können.

Deutlich wird daran aber, dass die Drohung mit Standortverlagerungen und anderen sogenannten Sachzwängen der Globalisierung nicht exklusiv auf einzelne Länder beschränkt ist.

Deutschland ist genauso in der Diskussion wie Ungarn.

Über kurz oder lang soll es uns alle treffen.

Und wir wissen: Irgendwo auf der Welt findet sich immer ein Beispiel, wo es billiger geht.

Gerade deshalb muss es uns darum gehen, gemeinsame Antworten zu finden.

Antworten der Gewerkschaften in Europa und für Europa.

Wir können es drehen und wenden wie wir wollen.

Stellen wir Gewerkschaften uns nicht der Herausforderung Europa, dann werden wir gestellt.

Nicht zuletzt würde ein defensiver Umgang mit Europa unserer eigenen Geschichte und Tradition widersprechen.

Wir organisieren Solidarität und das über Grenzen hinaus.

Wie heißt es doch in unserem gemeinsamen Lied:

„Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“

Deswegen möchte ich so energisch für Europa werben.

Selbstverständlich meine ich ein Europa, in dem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zu kurz kommen - wo die Bürgerrechte Vorrang haben vor den Gewinninteressen der Aktienbesitzer.

Einiges muss sich also ändern, damit Europa und die Europäische Union eine akzeptable Zukunft vor sich haben.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich will nicht schwarz-weiß malen und Veränderungen zum Besseren nicht übersehen.

Doch ist auch viel Zeit verschenkt worden.

Konkurrenz der Systeme bedeutete bis 1989: Der Kapitalismus im Westen war gezwungen, immer wieder das Versprechen einzulösen, dass bessere und sozialere System zu sein.

Dies war entscheidend dafür, dass sich nach 1945 etwas etablieren konnte, was Sozialwissenschaftler den wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiss genannt haben.

Der Kapitalismus wurde als „rheinischer Kapitalismus“ gelebt.

Durch die parlamentarisch-repräsentative Demokratie wurden die einstigen „lohnabhängigen Untertanen“ zu selbstbewussten Staatsbürgern mit politischen Bürgerrechten.

In der alten Bundesrepublik bot der Ausbau des Sozialstaates ihnen ein bisher unbekanntes Niveau an sozialer Teilhabe und Sicherheit.

Wir Gewerkschaften halten uns zugute, einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet zu haben.

Wir haben gewiss nichts geschenkt bekommen; wir haben den Sozialstaat erstritten.

Der deutsche Sozialstaat umfasst viele Facetten.

Dazu gehören die Tarifautonomie ebenso wie die Unternehmensmitbestimmung und die paritätisch organisierten und finanzierten Sozialsysteme.

Diese Beteiligungsmöglichkeiten in Sozialversicherungen und im Unternehmen haben dazu beigetragen, dass Gewerkschaften den nationalen Sozialstaat immer auch als „ihren“ Staat betrachtet haben.

Nach 1990 haben wir gespürt, dass der Markt auch ganz anders kann.

Es sollte nun vorbei sein mit der **sozialen** Marktwirtschaft.

Sozialer Ausgleich, Mitbestimmung und soziale Teilhabe sollten wie die untergegangenen Systeme in Osteuropa gleich mit auf dem Scheiterhaufen der Geschichte entsorgt werden.

Dies war und dies ist die Sicht und die Absicht der Neoliberalen.

Diesen Kontext gilt es mit einzubeziehen, wenn wir heute über Europa nachdenken.

Wenn heute von der Krise Europas die Rede ist, so hat dies in Wirklichkeit nichts mit der Erweiterung zu tun.

Zugegeben, die Aufnahme der 12 neuen Mitgliedsstaaten hat das soziale Gefälle innerhalb der EU vergrößert.

Betrachten wir beispielsweise die alten EU-Länder, so liegen hier die durchschnittlichen Einkommen über dem Durchschnitt aller 27 EU-Länder.

Aber das ist eben nur eine statistische Betrachtung.

Niemand sollte einer falschen Illusion unterliegen.

Wenn die Neuen nicht beigetreten wären, so wäre die Spaltung zwischen Ost und West in Europa trotzdem existent.

Wir haben die Erweiterung der EU immer begrüßt.

Aber! Wir haben auch immer gesagt: Diese Erweiterung muss flankiert werden, damit die wirtschaftliche und soziale Spaltung überwunden werden kann.

Der Kern der Krise der europäischen Integration findet sich in der marktliberalen Schlagseite.

Das hängt zusammen mit den Geburtsfehlern des gesamten Integrationsprojektes.

Als vor 50 Jahren die Grundsteine der Europäischen Union gelegt worden sind, ging es vor allem um die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Dominanz der wirtschaftlichen vor der politischen Integration hat dazu geführt, dass Europa vor allem als Markt verstanden wurde.

Die soziale Dimension führte zu lange nur ein Schattendasein.  
(Wenn überhaupt!)

Dieses Grundübel wird durch die politisch einseitige Ausrichtung der jetzigen EU-Kommission und anderer EU-Institutionen noch verschärft.

Das erfüllt mich mit Sorge.

Eben weil ich weiß, dass Europa auf die Zustimmung der Menschen sowohl im Westen wie im Osten, so dringend angewiesen ist.

Und das eint bei allen Unterschieden die neuen und die alten Länder.

Trotz der aktuell guten Konjunkturdaten haben große Bevölkerungsteile in vielen EU-Ländern nach wie vor Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und Angst vor dem sozialen Abstieg.

Deswegen ist das Vertrauen in Europa bei so vielen Menschen erschüttert.

Um das zu ändern, müssen wir anknüpfen an die Idee eines geeinten Europas.

Mit geeint meine ich das soziale Zusammenwachsen.

Natürlich ist die EU immer auch ein Wirtschaftsraum.

Gerade für Deutschland zeigt sich immer mehr die enorme Bedeutung des Binnenmarktes.

Über 62 Prozent aller Exporte des letzten Jahres gingen in ein EU-Land.

Daran hängen ohne Zweifel, gerade in der deutschen Metallindustrie, viele Arbeitsplätze.

Aber die Verkürzung auf einen bloßen Markt ist eben Teil des Problems Europas.

Wirklich geeint ist Europa aber nur, wenn die politische und soziale Einheit vorangetrieben wird.

### 3. Der Weg der IG Metall in Richtung Europa

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Willy Brandt sagte einmal in einem anderen Zusammenhang den auch heute noch richtigen Satz:

„Unsere Zeit (...) steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten – zum Guten und zum Bösen. Nichts kommt von selbst.“

Und so ist es auch mit Europa.

Ein soziales Europa kommt nicht von selbst.

Wir Gewerkschaften müssen uns, zusammen mit anderen, für Europa stark machen.

Das ist keine neue Erkenntnis.

Wir als IG Metall haben unsere programmatischen Vorstellungen für ein anderes Europa zusammengetragen.

Mit dem Papier „Für ein solidarisch erneuertes Europa“ diskutieren wir seit einiger Zeit in der IG Metall und auch mit anderen Gewerkschaften über die Perspektiven der Integration.

Der Vorstand der IG Metall wird in den nächsten Wochen ein euroapolitisches Memorandum beschließen.

Unsere Grundüberlegung lautet:

Die Menschen müssen spüren, dass ein sozial und demokratisch erneuertes Europa keine Bedrohung darstellt, sondern einen positiven Beitrag dazu leisten kann, ihren Problemen und Sorgen im Alltag entgegen zu wirken.

Das eigentliche Problem ist, dass zu viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Europa vor allem als wenig transparent und als gnadenloses Programm zur Marktliberalisierung erfahren.

Die Auseinandersetzung über die Dienstleistungsrichtlinie haben sicher viele noch im Hinterkopf.

Zugegeben, seitdem vor drei Jahren die Verfassung bei den Menschen in Frankreich und in den Niederlanden und vor nicht langer Zeit in Irland (2008) durchgefallen ist, hört man mehr vom sozialen Europa.

Selbst die EU-Kommission spricht von einer stärkeren sozialen Ausrichtung.

Auch die Konservativen und neoliberalen Hardliner reden von einem sozialen Europa.

Jeder meint aber etwas ganz anderes!

Wir müssen aufpassen, dass das soziale Europa nicht zur bloßen rhetorischen Floskel wird.

Ein solidarisch erneuertes Europa ist eben mehr als eine bloße Imagekampagne.

Es geht um die nächste Stufe der europäischen Integration.

Sicher: Das ist eine Aufgabe, die nicht über Nacht gelöst werden kann.

Sie muss aber jetzt und nicht erst in einigen Jahren angegangen werden.

Es geht darum, den Grundkonsens der verschiedenen Sozialstaaten in den Ländern der EU zu verbinden.

Unzweifelhaft ist der Markt ein leistungsfähiger Mechanismus zur Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Den wirtschaftlichen Bereich kann der Markt abdecken, aber für die gerechte Verteilung der Wertschöpfung bietet der Markt eben keine Antworten. Dazu braucht es Ergänzungen und Korrekturen durch eine demokratisch legitimierte Politik und das künftig auch von Brüssel aus.

Es gilt aufzubauen auf den Grundlagen, die ich vorhin am Beispiel des deutschen Sozialstaats der Nachkriegszeit beschrieben habe.

Die Sozialstaaten in Frankreich, Schweden und hier in Ungarn unterscheiden sich sicherlich in vielen Punkten, aber wir sollten auf den vorhandenen Gemeinsamkeiten aufbauen.

Die zentralen Institutionen des europäischen Sozialstaates sind starke Gewerkschaften, Mitbestimmung und Tarifautonomie, umfassende Systeme des Sozialschutzes sowie ein verteilungs- und beschäftigungspolitisch aktiver Staat.

Mit einem solch europäisch gedachten Sozialmodell müssen wir uns profilieren.

Aber natürlich reicht es nicht, dass wir auf Tagungen und Konferenzen Resolutionen verabschieden.

Wir müssen vor allem in der Praxis in die Offensive kommen.

Das solidarisch erneuerte Europa stellt auch Anforderung an uns selbst.

Die Herausforderung liegt vor allem darin, Europa nicht als separates Einzelthema für unsere Europaspezialisten zu behandeln.

Es geht vielmehr um die Europäisierung aller Dimensionen der gewerkschaftlichen Politik.

Es geht um die Berücksichtigung europäischer Aspekte in der tagtäglichen Arbeit.

Das reicht von der Betriebs- über die Tarifpolitik bis hin zu unseren industrie- und auch gesellschaftspolitischen Vorstellungen.

Ich möchte das anhand wesentlicher gewerkschaftlicher Handlungsfelder verdeutlichen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden heute vielfach mit der Drohung einer Verlagerung des Standortes konfrontiert.

Dies ist in erster Linie eben eine betriebspolitische Herausforderung.

Es ist unerheblich, ob die Drohung der Standortverlagerung real ist oder nicht.

Für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist eine solche Drohung immer eine Existenzfrage.

AEG Nürnberg und Nokia in Bochum haben sicher viele noch vor Augen.

Mit der Verlagerung ging es der Konzernführung um die bloße Steigerung der Rendite.

Der Erhalt von Arbeitsplätzen und die Folgewirkung für die betroffenen Regionen gelten in der heutigen Welt der Wirtschaft nicht mehr.

Das muss sich ändern.

Wir müssen Dumping-Verlagerungen betriebswirtschaftlich unattraktiv machen.

Wir haben dazu eine sogenannte Verlagerungsabgabe ins Spiel gebracht.

Die Unternehmen müssen an den gesellschaftlichen Folgekosten von Verlagerungen beteiligt werden.

Ich denke hier auch an Airbus.

Hier hat der europäische Flugzeugbauer versucht, die Folgen des Versagens des Managements auf die Belegschaften abzuwälzen.

Auch wenn wir immer versuchen, unsere Interessenvertretungspolitik über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus zu organisieren, so wissen wir auch um die konkreten Hindernisse und Hürden.

Das Ziel ist klar: Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Wir müssen deshalb die Gewerkschaften, die Arbeitnehmervertretungen und die Belegschaften in Europa stärker miteinander verbinden - vernetzen.

Diese Vernetzung muss im Vorfeld geschehen, sie kann nicht erst im Krisenfall etabliert werden.

Die europäische Vernetzung hängt auch davon ab, wie sich die institutionellen Voraussetzungen gestalten.

Gerade in den Konfliktsituationen zeigt sich, dass der Europäische Betriebsrat nur über unzureichende Rechte verfügt.

Es braucht beides:

Erstens: Die Revision der Richtlinie zu Europäischen Betriebsräten. Die Arbeitsgrundlagen der Europäischen Betriebsräte müssen verbessert werden.

Zweitens: Braucht es auch unser Engagement, die Belegschaften in international aufgestellten Konzernen zu verbinden und zu vernetzen.

Und hier müssen wir unser Engagement verstärken.

Drittens: Um Dumping zu vermeiden, müssen wir die Tarifpolitiken stärker europäisch koordinieren.

Wir Metallgewerkschaften haben uns auf eine Koordinierungsregel in Europa verständigt.

In den einzelnen Ländern sollen die Lohnzuwächse nicht unterhalb des Volumens aus Preissteigerungs- Produktivitätswachstums bleiben.

Das haben wir geschafft.

Um es deutlich zu sagen, wir haben uns geholt, was uns zusteht.

Unsere Tarifabschlüsse sind euroopatauglich.

Das klingt zunächst banal.

Wäre es allerdings anders - hätten wir uns zurückgehalten und uns so zum Nachteil anderer Kolleginnen und Kollegen ein Wettbewerbsvorteil erschlichen, so wäre dies zutiefst antieuropäisch.

Unweigerlich wäre innerhalb des Euroraums Druck auf die Löhne in anderen Ländern ausgelöst worden.

Wichtig ist deshalb immer wieder, jede Tarifaueinandersetzung im europäischen Rahmen zu führen.

Das gilt für die Metallindustrie genauso wie für jede andere Branche.

Betriebs- und Tarifpolitik sind für Gewerkschaften entscheidend.

Doch es braucht in Europa auch eine andere Wirtschaftspolitik.

Es freut mich, dass das Wachstum in Europa an Tempo gewonnen hat.

Ich sage allerdings auch: Die Wirtschaft wächst nicht wegen, sondern trotz der Wirtschafts- und Finanzpolitik .

Noch immer wird die Finanzpolitik durch eine strikte Ausrichtung auf Haushaltskonsolidierung dominiert.

In Zeiten guter Konjunktur mag das nicht so stark ins Gewicht fallen.

Tatsächlich wird aber immer noch zu wenig dafür getan, dass der Arbeitslosigkeit in ganz Europa der Kampf erklärt wird.

Vor allem der Rat der EU-Wirtschafts- und Finanzminister muss offener werden und darf nicht in seiner einseitigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung verharren.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss genau wie die Geldpolitik auf das Ziel Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgerichtet werden.

Wenn wir das soziale Europa wollen, so muss die wirtschaftliche Spaltung überwunden werden.

Es geht um die Verbindung zweier Ziele.

Zum einen muss die industrielle Produktion und die Beschäftigung in den entwickelten Regionen stabilisiert werden.

Zum zweiten muss der industrielle Aufholprozess in den neuen EU-Ländern gefördert werden.

Hierauf muss sich die Industrie- und auch die Strukturpolitik stärker ausrichten.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Untersuchung hinweisen, die unter Beteiligung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft erstellt worden ist.

Die Kieler Forscher widersprechen der Befürchtung, dass Deutschland von einer massiven Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer betroffen ist.

Im Gegenteil. Vielfach sind es gerade die im Ausland stark engagierten Unternehmen, die an deutschen Standorten neue Arbeitsplätze schaffen.

Das heißt nicht, dass wir nicht die schamlosen Einzelfälle kennen.

Aber die Untersuchung überzeugt mich dahingehend, dass der Exportweltmeister Deutschland viele Produkte in sogenannte Niedriglohnländer absetzt.

Aber es ist eben das Drohpotential der möglichen Verlagerungen, die uns immer wieder zu schaffen macht.

Deswegen muss Europa stärker wirtschaftlich und sozial zusammenwachsen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nicht zuletzt müssen europaweite Antworten zum Umgang mit den Finanzmärkten und seiner Akteure gefunden werden.

Genügend Beispiele sind bekannt, bei den Unternehmen von den mächtigen Fonds aufgekauft und in kurzer Zeit verwertet worden sind.

Verwertet heißt ganz praktisch, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz und damit oftmals ihre Existenz verloren haben.

Das mag für die Rendite gut sein, so kann aber auf Dauer keine Gesellschaft funktionieren.

Ein soziales Europa darf sich nicht damit abfinden, dass nur noch die Finanzmärkte über Wohl und Wehe entscheiden.

Europa ist eine der größten und stärksten Wirtschaftsregionen der Welt.

Wenn sich Europa zur Regulierung der Hedge Fonds entscheiden würde, so hätte Europa die notwendige wirtschaftliche Mächtigkeit dazu.

Es geht um nicht weniger als die Regulierung des finanzmarkgetriebenen Kapitalismus, der sich in Europa längst herausgebildet hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Ziel eines sozial erneuerten Europas kann auf eine gestärkte  
europäische Sozialpolitik nicht verzichten.

Bislang sind vor allem auch die sozialpolitischen Anstrengungen in Europa  
unzureichend und halbherzig.

Das ist unverantwortlich.

Die Unterschiede bezüglich Wachstum, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit  
und Beschäftigung sind zwischen den EU-Staaten noch sehr groß.

Gerade deshalb braucht es umfassende sozialpolitische Regulierungen.

Das fängt bei einem soliden Fundament an sozialen Grundrechten und  
Mindeststandards an.

Verzichten wir darauf, wären unüberbrückbare sozialen Spannungen  
innerhalb der Gemeinschaft vorprogrammiert.

Neben einheitlichen Mindestbedingungen müssen selbstverständlich die  
unterschiedlichen Ausgangssituationen in den alten und den neuen EU-  
Ländern berücksichtigt werden.

Länder mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen verfügen heute auch über  
höhere Sozialstaatsquoten.

Das Niveau der Wirtschaftskraft und das Niveau der Sozialstaatlichkeit  
stehen in einem engen Verhältnis miteinander.

Hier wäre es möglich, dass Länder mit einer ähnlichen Wirtschaftskraft sich  
auf ähnliche Sozialniveaus verständigen könnten.

Im Rahmen einer offenen Koordinierung könnten gemeinsam anzustrebende Sozialleistungsquote als Orientierungspunkte dienen.

Dies wäre ein Schritt in eine Richtung, die Schluss macht mit Sozialdumping.

Ein Korridormodell der Sozialleistungsquoten verdient es, näher diskutiert zu werden.

Wichtig für die europäische Sozialpolitik ist auch eine solide Finanzbasis.

Immer noch ist zu beobachten, dass sich die EU-Länder an einem Wettlauf zur Senkung der Unternehmenssteuern beteiligen.

Damit muss Schluss sein.

Unternehmenssteuern brauchen einen gemeinsamen europäischen Rahmen.

Dazu gehören eine einheitliche Steuerbemessungsgrundlage sowie Mindeststeuersätze.

So könnte dem Steuerdumping begegnet und die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden.

Auch sollte überlegt werden, ob die EU nicht selbst eine eigene Steuer für den Brüsseler Haushalt erheben sollte.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe versucht, die wesentlichen Bestandteile eines erneuerten europäischen Sozialmodells zu skizzieren.

Vieles ließe sich vertiefen.

Wichtig ist, dass in Europa das Signal zum Aufbruch verstanden wird.

Jaques Delors, der ehemalige Präsident der EU-Kommission hat Recht mit der Feststellung:

„Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“.

Ich habe keine Ahnung, ob man sich in ein solidarisch erneuertes Europa verlieben kann.

Sicher bin ich mir aber, dass ein soziales Europa die Zuneigung der Menschen erfahren wird.

Europa wird sozial sein oder eben nicht sein.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.